

**36. Plenarsitzung am 25. Mai 2011** - Antrag der Fraktion SPD zum Thema:  
**"Die sächsische Oberschule als alternativer und gleichwertiger Bildungsweg"**

**Patrick Schreiber, CDU:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Als man am vergangenen Freitag die Presse las, staunte man nicht schlecht: „Die SPD bekennt sich zu einem Paradigmenwechsel.“ „Die SPD erkennt das bestehende und lange bekämpfte Bildungssystem in Sachsen an, will es aber konstruktiv verbessern.“ Dazu kann ich nur sagen: Liebe SPD, herzlich willkommen in der sächsischen Realität!

Herr Dulig hat gesagt: „Wir bekämpfen ab jetzt das Gymnasium nicht mehr, wir wollen es erhalten.“ Herzlichen Glückwunsch auch zu dieser Einsicht!

(Beifall bei der CDU)

„Ziel sei es, die SPD in der Bildungspolitik auf einen realpolitischen Kurs zu führen.“ Herzlich willkommen, liebe SPD, in der Realität!

(Beifall bei der CDU)

Ich frage mich, wo Sie bisher gewesen sind.

Wenn ich das an dieser Stelle sagen darf: Andere Bundesländer sind anscheinend noch lange nicht auf dem realpolitischen Weg, auf den Sie sich jetzt machen. Ich meine damit natürlich andere SPD-geführte Bundesländer.

Laut SPD – so steht es in dem Antrag, der heute vor uns liegt – soll es zukünftig keine unterschiedlichen Bildungsgänge wie Haupt- und Realschule unter einem Dach mehr geben. Es soll keine Bildungsempfehlung mehr geben, sondern nur noch der Elternwille zählen.

Liebe Frau Dr. Stange, ich muss Ihnen deutlich sagen: Sie wissen ganz genau, dass wir an dieser Stelle niemals einen Kompromiss finden werden. Der Kompromiss aus dem Jahr 2004 zwischen CDU und SPD, der dann umgesetzt wurde, lag genau darin, dass das Zugangskriterium zum Gymnasium, der Notendurchschnitt, auf 2,5 abgesenkt wurde. Was daraus geworden ist, hat Kollegin Giegengack heute gesagt: „Die Mittelschulen“ – jetzt zitiere ich Sie wieder – „sind zu sogenannten ‚Restschulen‘ geworden.“

Wir müssen ganz ehrlich sein: An dieser Stelle werden wir hart bleiben, selbst wenn wir irgendwann in irgendeiner Art und Weise wieder miteinander kooperieren sollten. Es muss klare Regeln geben.

Das größte Problem in dieser ganzen Diskussion liegt doch darin – insofern

widerspreche ich Frau Falken –, dass es nicht darum geht, irgendwelche Schüler in Mittelschulen oder künftige Oberschulen auszusondern. Vielmehr sollen diese Oberschulen wieder das Herzstück des sächsischen Bildungssystems sein. Dort sollen die qualifizierten Schüler auch zur Schule gehen können.

Die SPD-Fraktion bringt hier einen Antrag ein, zu dem ich ganz deutlich sagen muss: Eigentlich verraten Sie sich selbst. Ihnen geht es nicht um eine neue Oberschule oder eine neue Gemeinschaftsschule. Sie haben – Gott sei Dank! – endlich begriffen, dass Ihr Modell der Gemeinschaftsschule auf dem Weg, den Sie sich vorstellen, einfach nicht einführbar ist. Deswegen versuchen Sie es jetzt unter einer neuen Begrifflichkeit. Ich beweise Ihnen das mit einem Zitat von Ihnen selbst, Frau Dr. Stange. Sie haben in der Pressekonferenz wörtlich gesagt: „Am Statussymbol Gymnasium kommen wir derzeit“ – „derzeit“ fettgedruckt – „nicht vorbei.“ Damit verraten Sie Ihren eigentlichen Plan. Sie wollen nach wie vor die Gymnasien abschaffen. Sie wollen nach wie vor eine Schule für alle, in die alle gesteckt werden, in der jeder gleichgemacht wird. Ich sage Ihnen deutlich: CDU und FDP werden diese Gleichmacherei weder heute noch morgen mitmachen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Damit bin ich beim nächsten Punkt. Sie sprechen in Ihrem Antrag davon, dass Ihre neuen Gemeinschaftsschulen künftig auch mit einer Klasse, also einzügig, geführt werden können. Des Weiteren sprechen Sie davon, dass das alles überhaupt keine Mehrkosten produziert. Da muss man schon einmal ganz deutlich fragen, wenn das alles miteinander funktionieren soll, in welcher Realität Sie leben. Sie wissen ganz genau – Sie haben soeben CDU-Bürgermeister in westlichen Bundesländern angesprochen –, warum so manche Kommune auch im Westen Deutschlands Gemeinschaftsschulen gründet, nämlich aus dem gleichen Grund, warum es zum größten Teil in Ostdeutschland bzw. in Sachsen passiert. Aufgrund des demografischen Problems ist der Wille einfach vorhanden, wohnortnahe Schule – seien es auch noch so wenige Schüler – einfach vor Ort zu erhalten, egal, was dabei qualitativ unter dem Strich herauskommt. Das ist das gleiche Problem, das im Übrigen Ihre Parteikollegin Hannelore Kraft in Nordrhein-Westfalen nun gerichtlich um die Ohren bekommen hat. Es funktioniert nicht so einfach, wie Sie sich das vorstellen. Sie propagieren hier einen gleichwertigen Weg zum Abitur, verschweigen aber in der gesamten Debatte, dass wir berufliche Gymnasien haben –

(Dr. Eva-Maria Stange, SPD: Die wollen wir behalten!)

– richtig, Sie wollen sie auch weiter behalten –, an denen letztlich nach einem Realschulabschluss jeder Mittelschüler oder Oberschüler – wie auch immer genannt – die Möglichkeit hat, das Abitur qualitativ hochwertig zu machen. Warum also noch eine dritte Instanz neben Gymnasium, neben beruflichem Gymnasium? Sie wollen die dritte Instanz mit dieser neuen von Ihnen genannten Gemeinschaftsschule.

Fakt ist eines: In diesem Falle ist es hier eine Mogelpackung. Sie bereiten vielleicht, wenn man Frau Falken glauben kann, die Zeit nach einer CDU/FDP-Koalition vor. Aber dazu sage ich Ihnen ganz deutlich, Frau Falken: Ich bin der

festen Überzeugung, dass mindestens die CDU – und ich hoffe, gemeinsam mit der FDP – auch nach der nächsten Landtagswahl hier regieren werden und das gemeinsame längere Lernen, so wie Sie sich das vorstellen, in der nächsten Legislaturperiode hier in Sachsen nicht eingeführt wird.

Lassen Sie mich noch einen Satz zur Inklusion sagen, weil ich denke, das ist ein Punkt, bei dem es eigentlich keiner parteipolitischen Debatte bedarf. Aber wenn ich nach dem Antrag der SPD gehe – da muss man dann wieder ehrlich sein –, dann sprechen Sie in Ihrem Punkt 4 „übergangsweise in verbindlicher Kooperation mit Förderschulen“. Die kleinen Wörtchen sind manchmal die wichtigsten. Das bedeutet ganz klar: Sie stellen hier einen Antrag, der nach wie vor enthält, dass Sie die Förderschulen abschaffen werden; denn übergangsweise heißt, wenn die irgendwann nicht mehr kooperieren sollen, dass es sie nicht mehr geben soll. Dazu sage ich Ihnen ganz deutlich: Das ist nicht CDU-Linie und das wird niemals CDU-Linie sein,

(Beifall bei der CDU)

denn wir wollen nicht eine Schule für alle, sondern wir wollen die richtige Schule für jeden Schüler. Das ist am Ende auch unsere Vorstellung von Inklusion. Neben aller Inklusion, die wir vorantreiben müssen – da sind wir uns parteiübergreifend einig –, geht es aber nicht darum, jeden Schüler mit besonderem pädagogischen Förderbedarf irgendwo in einer Art Gleichmacherei in eine Klasse zu stecken, sondern es geht darum, auf die individuellen Bedürfnisse jedes einzelnen Schülers einzugehen.

An der Stelle ist es auch interessant, wenn wir in Diskussionen zu dem Thema sind, Inklusion bedeutet eben nicht die Pflicht, alle Schüler in eine Klasse zu stecken, sondern Inklusion heißt das Recht eines jeden Schülers auf gleichberechtigte Teilnahme in dieser Gesellschaft. Aber es bedeutet eben auch: Wenn Eltern für ihr Kind wünschen, dass es an einer Förderschule eingeschult, unterrichtet und gefördert wird, ist dies möglich. Das nennt man dann Elternwahlrecht. Wenn wir dieses gewähren wollen, heißt das perspektivisch – dazu stehen wir –, dass diese Förderschulen auch in Sachsen erhalten bleiben.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Kollege Schreiber?

**Patrick Schreiber, CDU:** Ja, bitte.

**Präsident Dr. Matthias Röbler:** Bitte, Frau Falken.

**Cornelia Falken, DIE LINKE:** Herr Schreiber, können Sie mir bitte erklären, warum im Freistaat Sachsen keine Hauptschulen eingerichtet worden sind, wenn Sie doch der Auffassung sind, dass jedes Kind in die Schule gehört, deren Leistungsstand es hat?

**Patrick Schreiber, CDU:** Frau Falken, Sie wissen ganz genau, wie die sächsische Mittelschule konzipiert ist. Die sächsische Mittelschule gibt auch

Hauptschülern die Möglichkeit, den Hauptschulabschluss zu machen. Gleichermaßen gibt sie Realschülern die Möglichkeit, den Realschulabschluss zu erreichen. Nur weil wir an dieser Stelle nicht mehr in unterschiedliche Gebäude separieren, sondern sie bis zu einem gewissen Zeitpunkt in gemeinsamen Klassen lernen lassen, heißt das doch noch lange nicht, dass daran etwas schlecht sein muss – eher im Gegenteil. Aber es muss auch möglich sein, dass man Schüler mit besonderem Förderbedarf, in positiver Richtung gedacht, auch besonders fördert und sie in gleicher Weise miteinander an einem Gymnasium lernen lässt.

**Cornelia Falken, DIE LINKE:** Herr Präsident, ich hätte noch eine Nachfrage. Kann ich diese stellen?

**Präsident Dr. Matthias Röbner:** Sie können eine Nachfrage stellen.

**Cornelia Falken, DIE LINKE:** Herr Schreiber, habe ich Sie da richtig verstanden: Sie können sich auch Hauptschulen im Freistaat Sachsen vorstellen?

**Patrick Schreiber, CDU:** Nein. Das habe ich so nicht gesagt und das kann ich mir auch nicht vorstellen. Ich persönlich bin stolz darauf, dass wir in Sachsen Mittelschulen in der Form haben, wie wir sie haben. Diese wollen wir auch erhalten, ohne Wenn und Aber.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich fast abschließend eine Frage in den Raum stellen. Ganz ehrlich muss man die SPD fragen: Was ist hier also neu, außer dass ein dritter Weg gesucht wird, um im Zweifel Schulstandorte zu erhalten? Das ist die Konsequenz in ihren konzeptionellen Ansätzen, also einzügig fahren lassen, wenn möglich, alle drei Bereiche: Realschule, Hauptschule, Gymnasialbereich, sozusagen in einem Gebäude und wenn möglich in einer Klasse.

Das ist Ihr Ansatz, den sie seit eh und je hier predigen. Er ist am Ende nicht neu. Wie gesagt, das größte Problem im Hinblick auf Inklusion ist – wir diskutieren das hier immer alle so einfach, das ist mittlerweile ganz normal –, dass diese überall positiv dargestellt wird. Obwohl es gut ist, dass wir darüber diskutieren, machen wir uns oft überhaupt keine Gedanken, was das Thema jetzt nicht nur finanziell, sondern auch inhaltlich bedeutet.

Dabei wissen wir ganz genau, wie das beispielsweise im Bundesland Bremen gelaufen ist, weil Sie das ja hier als Beispiel zitieren, wo ich mir immer sage: Ich nehme mir kein Beispiel am PISA-Platz 16, sondern am PISA-Platz null, den es leider nicht gibt. Aber Fakt ist in Bremen eines: dass es, nachdem man erst alle Kinder mit körperlichen Behinderungen in die Klasse gesteckt hat und jetzt 2012 anfangen will, alle geistig behinderten Kinder noch dazuzunehmen, mittlerweile in der Bevölkerung, unter der Elternschaft eine Bewegung gibt – nicht der, die behinderte Kinder haben, sondern der, die Kinder ohne Behinderung hat –, die sagt: Nun ist es an der Stelle genug.

Lassen Sie uns bitte zunächst andere Dinge klären. Mein Kollege Colditz hat es angesprochen. Wir haben andere Probleme als das Herumexperimentieren am System. Wir haben den Lehrerbedarf, den wir dringend benötigen, zu decken, wir haben das Thema „Inklusion“ gemeinsam zu bearbeiten und wir haben – dazu kommen wir dann morgen auch noch – beim Thema „Lehramtsstudium“ einiges zu tun. Lassen Sie uns diese wirklich wichtigen Dinge gemeinsam angehen, anstatt schon wieder permanente Strukturdiskussionen zu führen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP)